

# Obstpresse beschäftigt zwei Minister

Es klingt nach Behördenposse, tatsächlich ist es für die Gemeinden im Mangfalltal ein Horror-szenario. Eine harmlose Unterkellerung des Obstpressenhäusls in Gotzing scheitert am Wasserschutzgebiet. Darf im Schutzgebiet gar nichts gebaut werden? Die Gemeinde Weyarn hat den Kampf aufgenommen.

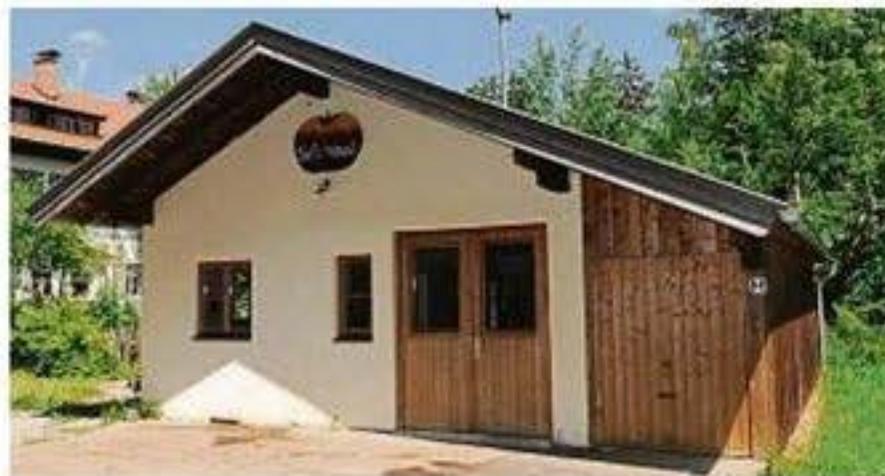
VON KATRIN HAGER

**Weyarn** – Die Bürgermeister in Weyarn, Valley, Warngau und Miesbach sind entsetzt. Wie berichtet hat das Landesamt für Umwelt (LfU) in Hof die Baugenehmigung für einen Ausbau des Obstpressenhäusls untersagt. Das Problem ist der geplante Keller. Das verletzt laut LfU die schützende Deckschicht des Bodens – und zwar ausgerechnet in einem besonders sensiblen Bereich, oberhalb

einer Quellsammelstelle für die Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt.

Ein Präzedenzfall? Was dem Gartenbauverein jetzt passiert ist, kann theoretisch jeden Bauherrn in einem Wasserschutzgebiet treffen. Hausbesitzer, die ihr Wohnhaus vergrößern wollen. Landwirte, die einen Laufstall brauchen. Gewerbebetriebe, die erweitern wollen. Die Alternative: Umzug, raus aus dem Wasserschutzgebiet. Und genau das befürchten die Bürgermeister angesichts der längst geplanten, bislang aber ausgesetzten Ausweisung des erweiterten Wasserschutzgebiets Thalham-Reisach-Gotzing (wir berichten fortlaufend).

Nun werden sich zwei Minister mit dem Thema befassen, teilte Weyarns Bürgermeister Leonhard Wöhr (CSU) jetzt im Gemeinderat mit. Den Alternativ-Antrag des Gartenbauvereins auf einen oberirdischen Anbau ohne Keller lehnte das Gremium derweil einstimmig ab. Nicht



**Klein, aber brisant:** Die Unterkellerung der Gotzinger Obstpresse soll wegen der Wasserschutzzone nicht möglich sein. Die Gemeinden im Mangfalltal wollen dieses behördliche Votum nicht hinnehmen. FOTO: AL-ARCHIV

nur, weil das Gebäude damit optisch weniger gefällig wirken würde. Sondern vor allem, weil man den Kampf mit dem LfU ausfechten will. Wöhr hat versucht, den LfU-Sachbearbeiter zu einer Ausnahmegenehmigung zu bewegen. Ein rein oberirdischer Ausbau des Gebäudes sei aus ortsplannerischer und energetischer Sicht wenig sinnvoll; und die Baugrube könne man gegen Oberflächenwasser ja auch abdichten.

Doch Wöhr kassierte eine Abfuhr. „Gegenüber ortsplannerischen Belangen genießt der Schutz der öffentlichen Trinkwasserversorgung Vorrang“, heißt es in der schriftlichen Ablehnung. Im Grunde wäre aber auch eine Ausnahmegenehmigung Makulatur, denn sie löst das Grundproblem nicht. „Bei einer Ausnahme ist man immer Bittsteller, einen Anspruch darauf gibt es nicht“, sagt Wöhr. Das LfU beschwichtigte in

dem Schreiben zwar, dass die Vorgaben aus der Schutz-zonen-Verordnung von 1964 ja „nicht auf andere Gebiete übertragbar“ seien. Wöhr ist allerdings auch klar: Laxer werden die Auflagen sicher nicht. Schon gar nicht angesichts der geplanten Erweiterung des Schutzgebiets.

Dabei hätten die Stadtwerke München (SWM), die in der Region ihr Trinkwasser zapfen, gar nichts gegen den Bau des Kellers gehabt. „Ich habe das Gefühl, wir haben den falschen geprügelt“, sagte Michael Pelzer (FWG) im Gemeinderat, „die Fundamentalisten sitzen im LfU.“ Mit seiner rigorosen Ablehnung habe sich das LfU keinen Gefallen getan, meint Pelzer, der dem Wasserschutzgebiet bislang als ehemaliger Bürgermeister pragmatischer gegenüber überstand als seine Kollegen: „Wenn man alle Vorurteile gegenüber Wasserschutzgebieten mobilisieren will, dann macht man's so.“

Ernst Weidl (UWG) schlug vor, dem Gartenbauverein als

Alternative den bestehenden Keller des benachbarten alten Schulhauses zur Nutzung zu überlassen. Die Abfuhr für den ursprünglichen Bauantrag will er nicht auf sich beruhen lassen. „Das gehört durchgestritten.“ Darin war sich der Gemeinderat einig – und lehnte aus diesem Grund den Alternativantrag des Gartenbauvereins ab.

Die vier betroffenen Bürgermeister Wöhr, Ingrid Pongratz (Miesbach), Andreas Hallmannsecker (Valley) und Klaus Thurnhuber (Warngau) haben wegen des Falls Obstpressenhäusl das Gespräch mit Ilse Aigner als stellvertretender Ministerpräsidentin gesucht, berichtet Wöhr. Sie wolle sich für einen Gesprächstermin bei Umweltminister Marcel Huber einsetzen. „Der hätte vielleicht auch anderes zu tun als sich mit einem vier mal neun Meter großen Keller zu befassen“, seufzt Wöhr. Ein bisschen klingt das fast wieder nach Posse. Nur dass es eben bitterer Ernst ist.